



SPERRFRIST 8.2. 09:00 Uhr

Initiative gegen Ackergift

Europäische Bürgerinitiative zum Verbot von Glyphosat gestartet (SPERR)

Berlin, 08.02.2017. Organisationen aus 13 EU-Ländern starten heute eine Europäische Bürgerinitiative (EBI) zum Verbot des Pestizids Glyphosat. Bis Ende Juni wollen sie mehr als eine Million Unterschriften sammeln. Danach entscheiden EU-Kommission und Mitgliedstaaten über die erneute Zulassung des Pestizids. In Deutschland wird die Initiative vom Bund für Umwelt und Naturschutz BUND, der Bürgerbewegung Campact, dem Pestizid-Aktions-Netzwerk (PAN Germany), dem Umweltinstitut München und WeMove.EU getragen. Parallel laufen Proteste gegen Glyphosat in Rom, Paris, Barcelona, Madrid und Wien.

„Die Bürger Europas werden der Lobbymacht von Monsanto die Stirn bieten. Ein Pestizid, das im Verdacht steht Krebs auszulösen, hat in einer modernen, bäuerlichen Landwirtschaft nichts zu suchen. Mit der Europäischen Bürgerinitiative setzen die Menschen auf ein demokratisches Europa mit hohen Umwelt- und Gesundheitsstandards“, sagte Christoph Bautz, Geschäftsführer von Campact.

„Glyphosat tötet alles Grün auf dem Acker und zerstört die Nahrungspflanzen von Schmetterlingen, Bienen und Vögeln. Glyphosat ist maßgeblich verantwortlich für das Artensterben in der Agrarlandschaft und das ist auch der EU-Kommission bekannt. Die Kommission muss den Schutz unserer Lebensgrundlagen klar über die Profitinteressen der Pestizidhersteller stellen. Für Glyphosat darf es keine Wiedezulassung geben“, sagte der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger.

Ein Report von PAN International zeigt, welche Risiken für Natur, Umwelt und Mensch durch den massenhaften Einsatz des Agrargiftes von Monsanto und Co. bestehen. Jährlich werden weltweit rund 800.000 Tonnen glyphosathaltiger Spritzmittel hergestellt. „Harte Fakten sprechen dafür, Glyphosat als krebserregend einzustufen. Die Gegenargumente der Behörden stehen auf tönernen Füßen. Hinzu kommt, dass Glyphosat im Körper nicht gleich verteilt wird. In bestimmten Organen sind die Konzentrationen zehn- bis hundertfach höher als im Blut. Es muss verboten werden“, sagte der Toxikologe Peter Clausing, einer der Autoren des PAN-Reports.

Eine Europäische Bürgerinitiative ist ein Verfahren der EU für mehr Bürgerbeteiligung. Die EU-Kommission hat die Initiative offiziell zugelassen. Von der Kommission fordert die EBI das Verbot von Glyphosat, EU-weite obligatorische Pestizid-Reduktionsziele und eine von der Industrie unabhängige wissenschaftliche Bewertung von Pestiziden. Bisher tragen NGOs aus 13 Ländern den Protest gegen Glyphosat mit. „Die Breite des Bündnisses zeigt ein klares Bekenntnis zu einem Europa, das seine Bevölkerung mit hohen Standards schützt. Die Reaktion der Europäischen Kommission wird zeigen, wem sie mehr Gehör schenkt: den Agrarkonzernen oder uns Bürgerinnen und Bürgern“, sagte Jörg Rohwedder von WeMove.EU.

Der EBI-Appell gegen Glyphosat ist auf www.campact.de/Glyphosatebi zu finden oder unter stopglyphosate.org/

Weitere Informationen zur EBI gegen Glyphosat unter:

https://campact.org/Glyphosat_EBI

Pressekontakte:

Campact: Svenja Koch, koch@campact.de, Tel.: 04231 957590

BUND: Annika Natus, Annika.Natus@bund.de, Tel.: 030 275 86-464

PAN Germany: Peter Clausing, Toxikologe, peter.clausing@pan-germany.org
Tel.: 0176 43795932

WeMove.EU: Jörg Rohwedder, joerg@wemove.eu, Tel.: 0178 4078433

Doppelsendungen bitten wir zu entschuldigen.